



Verordnung über Spesen, Sitzungsgelder und übrige Entschädigungen

Vom 31. Januar 2001 (Stand 1. Januar 2022)

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf die §§ 1 Abs. 3, 2 und 7 des Dekretes über Spesen, Sitzungsgelder und übrige Entschädigungen vom 14. März 2000 ¹⁾,

beschliesst:

1. Spesen

§ 1 Vergütung für Verpflegung

¹ Verpflegungen werden nach folgenden Ansätzen vergütet:

- a) * Fr. 25.– für eine Hauptmahlzeit, sofern die Abreise vor 12.30 Uhr beziehungsweise 18.30 Uhr und die Rückkehr nach 13.30 Uhr beziehungsweise 19.30 Uhr erfolgt;
- b) Fr. 20.– für acht oder mehr Stunden Nachtdienst, sofern dieser ausserhalb des Arbeitsortes geleistet wird.

² Mahlzeiten am Arbeitsort werden nur vergütet, wenn damit dienstliche Verpflichtungen verbunden sind.

§ 2 Vergütung für Übernachtung

¹ Für Übernachtung mit Frühstück werden die tatsächlichen Auslagen in einem Mittelklasshotel bis maximal Fr. 200.– vergütet.

§ 3 Auslagenersatz in besonderen Fällen

¹ Für Sitzungen, Veranstaltungen und Reisen, bei denen die Höhe der Auslagen nicht selbst bestimmt werden kann, werden sämtliche Auslagen ersetzt, sofern die Teilnahme von der vorgesetzten Stelle bewilligt bzw. angeordnet wurde.

¹⁾ SAR [165.170](#)

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses
2001 S. 16

§ 4 Vergütung für Reisen

a) Grundsatz

¹ Für Dienstfahrten sind grundsätzlich öffentliche Verkehrsmittel, das Carsharing oder Dienstfahrzeuge zu benützen. Die Benützung privater Motorfahrzeuge bedarf der Bewilligung eines anweisungsberechtigten Vorgesetzten. Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn die Benützung des privaten Motorfahrzeuges aus Sicht des Kantons zu einer Kostenersparnis führt. *

² Dienstfahrten mit privaten Motorfahrzeugen sind, wenn möglich, gemeinsam auszuführen.

§ 5 b) Dienstfahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln

¹ Für Dienstfahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln werden die Auslagen für das Billett 2. Klasse vergütet. *

² Bahn- und Busspesen, die im Rechnungsjahr den doppelten Betrag der Kosten eines einjährigen Halbtaxabonnementes übersteigen, werden zur Hälfte vergütet.

§ 6 c) Dienstfahrten mit privaten Motorfahrzeugen

¹ Die Kilometerentschädigungen betragen:

a) Personenwagen aller Kategorien:

- | | |
|-------------------------------|-----------|
| 1. * für die ersten 15'000 km | 70 Rappen |
| 2. * ab 15'001 km | 50 Rappen |
| 3. * ... | |

b) Motorräder und Roller:

- | | |
|------------------------------------|-----------|
| 1. bis 150 cm ³ pro km | 30 Rappen |
| 2. über 150 cm ³ pro km | 45 Rappen |

^{1bis} Bei bewilligten Dienstfahrten mit privaten Motorfahrzeugen werden die Auslagen für Parkplätze vergütet. *

² Durch die Kilometerentschädigung sind alle Kosten abgegolten. Beschädigungen privater Motorfahrzeuge anlässlich von Dienstfahrten sind durch eine vom Arbeitgeber abgeschlossene Kaskoversicherung abgedeckt. Vom Arbeitgeber wird der Selbstbehalt übernommen, sofern keine grobe Fahrlässigkeit vorliegt.

³ ... *

⁴ Angehörigen des Polizeikorps, Vollzugsangestellten der Justizvollzugsanstalt Lenzburg und der Bezirksgefängnisse sowie Betreuungspersonen des Jugendheims Aarburg wird auf der Kilometerentschädigung gemäss Absatz 1 lit. a ein Zuschlag von 5 Rappen entschädigt. Für dienstlich bedingte Kurzstreckenfahrten werden minimal 10 km angerechnet. *

§ 7 d) Bemessung der Reisespesen

¹ Für die Bemessung der Reisespesen ist in der Regel der Arbeitsort massgebend.

² Nimmt die Dienstreise ihren Anfang am Wohnsitz oder führt sie dorthin zurück, tritt, sofern dieser näher am Reiseziel liegt, für die Bemessung der Wohnsitz an die Stelle des Arbeitsortes.

§ 8 Pauschale Reiseentschädigungen

¹ Die für besondere Gruppen von Mitarbeitenden festgelegten pauschalen Reiseentschädigungen richten sich nach Anhang 1 dieser Verordnung.

§ 9 Spesenpauschalen

¹ Die für besondere Gruppen festgelegten Spesenpauschalen sind in Anhang 2 dieser Verordnung enthalten.

² Im Einzelfall kann die Anstellungsbehörde im Rahmen der Anstellungsverträge Spesenpauschalen für Mitarbeitende mit häufigen Auslagen im Zusammenhang mit dienstlicher Tätigkeit festlegen. Spesenpauschalen über Fr. 2'000.– sind vorgängig vom Regierungsrat beziehungsweise vom Leitungsorgan der Gerichte zu genehmigen. *

§ 10 Auslandsreisen

¹ Auslandsreisen benötigen die Zustimmung der Departementsleitung, der Justizleitung beziehungsweise der Staatsschreiberin oder des Staatsschreibers. *

² Ausgenommen von der Zustimmung gemäss Absatz 1 sind Dienstreisen im grenzüberschreitenden Verkehr bis 300 km ab Landesgrenze, solche von Untersuchungsbehörden im Zusammenhang mit Ermittlungshandlungen und solche von Rechtsprechungsorganen.

2. Übrige Entschädigungen

§ 11 Büroentschädigung

¹ Für selbstgestellte Büroräumlichkeiten wird eine Entschädigung von jährlich Fr. 2'400.– ausgerichtet. Die Entschädigung wird um die Hälfte gekürzt, wenn die Tätigkeit mehrheitlich mit Aussendienst verbunden ist.

§ 12 Kleiderentschädigung

¹ Entschädigungen für vorgeschriebene Kleider und Schutzausrüstungen bemessen sich nach den Richtlinien der jeweiligen Branche.

² Polizistinnen und Polizisten, die ihren Dienst in Zivil ausüben, erhalten eine jährliche Kleiderentschädigung von Fr. 220.–.

§ 13 Maschinen und Geräte Staatswald

¹ Für Maschinen, Geräte und Werkzeuge, die für die Bewirtschaftung des Staatswaldes eingesetzt und von den Mitarbeitenden gestellt werden, bemessen sich die Entschädigungen nach den Richtlinien des Schweizerischen Waldwirtschaftsverbandes bzw. des Verbandes Schweizerischer Forstunternehmungen.

§ 14 Diensthunde

¹ Die Entschädigung für Diensthunde beträgt pauschal Fr. 3'500.– beziehungsweise für Junghunde in Ausbildung pauschal Fr. 2'500.– pro Jahr. *

§ 15 * ...

§ 15a * Wahlbüro

¹ Die Pauschalentschädigung für Mitglieder des Auslandschweizerwahlbüros und Hilfspersonen des Kantonalen Wahlbüros, die nicht Angestellte der Staatskanzlei sind, bemisst sich pro Abstimmungs- oder Wahlwochenende wie folgt:

- a) Leiterin oder Leiter Fr. 200.–
- b) Mitglieder Fr. 100.–

² Neben der Pauschalentschädigung wird die Wahlbüroarbeit mit Fr. 30.– pro Stunde abgolten.

3. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 16 Aufhebung geltenden Rechts

¹ Es werden aufgehoben:

- a) die Vollziehungsverordnung zum Dekret über die Festsetzung der Sitzungsgelder, Taggelder und Reiseentschädigungen (Entschädigungsverordnung) vom 26. März 1971 ¹⁾;
- b) die Verordnung über die Entschädigung von Funktionären des Staates für die Benützung von Privatautomobilen und Privatmotorrädern zu Dienstfahrten (Autoverordnung) vom 18. Dezember 1972 ²⁾;
- c) die Verordnung über die Reiseentschädigungen für Lehrkräfte der Volksschule (VREV) vom 9. Juli 1997 ³⁾;
- d) der Regierungsbeschluss über die Errichtung einer kantonalen Zentralstelle für Obstbau vom 23. November 1934 ⁴⁾.

¹⁾ AGS Bd. 7 S. 632; Bd. 9 S. 40; Bd. 12 S. 616

²⁾ AGS Bd. 8 S. 414, 725; Bd. 9 S. 561; Bd. 10 S. 260, 476

³⁾ AGS 1997 S. 177

⁴⁾ AGS Bd. 2 S. 539

§ 17 Änderung geltenden Rechts

¹ Die Verordnung über die Delegation von Kompetenzen des Regierungsrates vom 8. November 1982 ¹⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

² Die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Änderung des Obligationenrechts (Miete und Pacht) vom 25. Juni 1990 ²⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

³ Die Vollziehungsverordnung zum Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 1. Oktober 1965 ³⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

⁴ Die Verordnung über die Entschädigung des Lehr-, Lern- und Praktikumpersonals an den Kantonsspitalern vom 4. September 1972 ⁴⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

⁵ Die Verordnung über die Entschädigung der Schulräte der Bezirke vom 4. Juli 1988 ⁵⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

⁶ Die Verordnung über Katastrophenhilfe und Bevölkerungsschutz (KBV) vom 5. Dezember 1983 ⁶⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

⁷ Die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Jagd und Vogelschutz sowie zum kantonalen Gesetz über Wildschutz, Vogelschutz und Jagd (Jagdverordnung) vom 28. August 1969 ⁷⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

⁸ Die Vollziehungsverordnung zur Bundesgesetzgebung über Mass und Gewicht vom 10. Juli 1913 ⁸⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

¹⁾ AGS Bd. 10 S. 734; Bd. 11 S. 412; 1995 S. 75, 109; 1996 S. 79; 1997 S. 69; 1998 S. 118, 161; 1999 S. 42, 77; 2000 S. 73, 273 (SAR [153.111](#))

²⁾ AGS Bd. 13 S. 297; Bd. 14 S. 373 (SAR [210.221](#))

³⁾ AGS Bd. 6 S. 278; aufgehoben (AGS 2005 S. 637)

⁴⁾ AGS Bd. 8 S. 309; aufgehoben (AGS 2001 S. 225)

⁵⁾ AGS Bd. 12 S. 651; aufgehoben (AGS 2003 S. 369)

⁶⁾ AGS Bd. 11 S. 110; aufgehoben (AGS 2006 S. 283)

⁷⁾ AGS Bd. 7 S. 326; Bd. 8 S. 718; Bd. 10 S. 421, 451, 516; Bd. 11 S. 533; Bd. 12 S. 219, 641 (SAR [933.111](#))

⁸⁾ AGS Bd. 2 S. 43; Bd. 6 S. 535; 1999 S. 43 (SAR [957.110](#))

§ 18 Publikation und Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Sie tritt am 1. April 2001 in Kraft.

Aarau, 31. Januar 2001

Regierungsrat Aargau

Landammann
WERTLI

Staatsschreiber
PFIRTER

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
23.01.2002	01.03.2002	§ 9 Abs. 2	geändert	2002 S. 43
09.06.2010	01.01.2013	Anhang II	Inhalt geändert	2010 S. 205
16.11.2011	01.01.2012	§ 1 Abs. 1, lit. a)	geändert	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 4 Abs. 1	geändert	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 6 Abs. 1, lit. a), 1.	geändert	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 6 Abs. 1, lit. a), 2.	geändert	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 6 Abs. 1, lit. a), 3.	aufgehoben	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 6 Abs. 3	geändert	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 6 Abs. 4	geändert	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 9 Abs. 2	geändert	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 14 Abs. 1	geändert	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 15	aufgehoben	2011/6-26
16.11.2011	01.01.2012	§ 15a	eingefügt	2011/6-26
27.06.2012	01.01.2013	§ 10 Abs. 1	geändert	2012/5-09
04.11.2015	01.04.2016	§ 5 Abs. 1	geändert	2016/1-03
11.11.2015	01.04.2016	§ 6 Abs. 1 ^{neu}	eingefügt	2016/1-04
11.11.2015	01.04.2016	§ 6 Abs. 3	geändert	2016/1-04
10.08.2016	01.07.2017	§ 6 Abs. 3	aufgehoben	2017/5-03
10.08.2016	01.07.2017	Anhang II	Inhalt geändert	2017/5-03
07.04.2021	01.01.2022	Anhang I	Inhalt geändert	2021/12-18

Änderungstabelle - Nach Paragraph

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
§ 1 Abs. 1, lit. a)	16.11.2011	01.01.2012	geändert	2011/6-26
§ 4 Abs. 1	16.11.2011	01.01.2012	geändert	2011/6-26
§ 5 Abs. 1	04.11.2015	01.04.2016	geändert	2016/1-03
§ 6 Abs. 1, lit. a), 1.	16.11.2011	01.01.2012	geändert	2011/6-26
§ 6 Abs. 1, lit. a), 2.	16.11.2011	01.01.2012	geändert	2011/6-26
§ 6 Abs. 1, lit. a), 3.	16.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	2011/6-26
§ 6 Abs. 1 ^{bs}	11.11.2015	01.04.2016	eingefügt	2016/1-04
§ 6 Abs. 3	16.11.2011	01.01.2012	geändert	2011/6-26
§ 6 Abs. 3	11.11.2015	01.04.2016	geändert	2016/1-04
§ 6 Abs. 3	10.08.2016	01.07.2017	aufgehoben	2017/5-03
§ 6 Abs. 4	16.11.2011	01.01.2012	geändert	2011/6-26
§ 9 Abs. 2	23.01.2002	01.03.2002	geändert	2002 S. 43
§ 9 Abs. 2	16.11.2011	01.01.2012	geändert	2011/6-26
§ 10 Abs. 1	27.06.2012	01.01.2013	geändert	2012/5-09
§ 14 Abs. 1	16.11.2011	01.01.2012	geändert	2011/6-26
§ 15	16.11.2011	01.01.2012	aufgehoben	2011/6-26
§ 15a	16.11.2011	01.01.2012	eingefügt	2011/6-26
Anhang I	07.04.2021	01.01.2022	Inhalt geändert	2021/12-18
Anhang II	09.06.2010	01.01.2013	Inhalt geändert	2010 S. 205
Anhang II	10.08.2016	01.07.2017	Inhalt geändert	2017/5-03